

von Angelegenheiten der zurzeit in Deutschland befindlichen polnischen und jüdischen Arbeiter russischer Staatsangehörigkeit. Das preußische Kriegsministerium erklärte sich bereit, den Wünschen und Forderungen der fremden Arbeiter und ihrer Vertretungen entgegenzukommen. Dieses Versprechen fand ichwachen Glauben, und es wurde den Herren vom preußischen Kriegsministerium entgegengehalten, daß die stellvertretenden Generalkommandos in ihren Korpsbereichen nach wie vor unumschränkt herrschen und sich um Verfügungen von oben nicht im geringsten kümmern würden. Demgegenüber wurde in einer schriftlichen Fassung von seiten des Kriegsministeriums festgestellt, daß gemäß kaiserlicher Verordnung die stellvertretenden Generalkommandos sich in den in Betracht kommenden Arbeiterangelegenheiten den Anordnungen des Kriegsministeriums bzw. des Kriegsamts zu fügen haben.

Gilt dies in Sachen der Angelegenheiten ausländischer Arbeiter, so sollte angenommen werden dürfen, daß auch der deutschen Arbeiterschaft endlich das Joch der Selbstherrlichkeit und Allmacht der stellvertretenden Generalkommandos abgenommen wird. (Beifall.)

Es folgt die Abstimmung über die Anträge, die sich auf die künftigen Aufgaben der Partei beziehen. Die Anträge 33 und 46 werden der Fraktion, die Anträge 34, 35 und 36 werden dem Parteivorstand überwiesen. Antrag 58 wird einstimmig angenommen. Angenommen werden ferner die Anträge 59, 60, 63 und 65.

Es folgt die Behandlung der

Lebensmittelfrage.

Robert Schmidt-Berlin: Ich will den Antrag 57 kurz begründen. Der starke Druck, den der Krieg auf das seelische Empfinden der Menschen ausübt, steigert sich mit der zunehmenden Sorge um das tägliche Brot. Wir sprechen viel von einer ungünstigen Stimmung in der Bevölkerung, die durch die unbefriedigende Lösung der Nahrungsmittelversorgung im wesentlichen verschuldet ist. Die Stimmung der Bevölkerung ist leider durch die große Sorge um das tägliche Brot sehr herabgedrückt, es ist eine Erbitterung in der Bevölkerung hervorgerufen, daß wir es außerordentlich bedauern, daß nicht Maßnahmen getroffen wurden, um eine bessere und gerechtere Versorgung herbeizuführen. Denn es ist schließlich nicht nur der Mangel an Nahrungsmitteln, nicht nur die Absperrung vom Auslandsmarkt, die uns heengen in der Versorgung, sondern es sind vor allem auch die ungeeigneten und unzweckmäßigen Maßnahmen, die die Regierung getroffen hat. Der Parteivorstand und die Generalkommission der Gewerkschaften haben bald nach Beginn des Krieges Vorschläge gemacht, wie und in welcher Weise der Not begegnet werden kann und muß und wie die Schwierigkeiten in der Nahrungsmittelversorgung behoben werden können. Wenn wir heute einen Rückblick tun über die vergangene Zeit, so müssen wir sagen, daß eine große Anzahl unserer Forderungen und Wünsche zur Linderung der Not erfüllt sind, d. h. allerdings nur in ihrer grundsätzlichen Tendenz; in der Ausführung haben wir es leider mit sehr ungenügenden Maßnahmen zu tun, die die Wirkung der von uns empfohlenen Mittel nicht zur vollen Geltung bringen. Das was wir vorgeschlagen haben, ist leider viel zu spät in Angriff genommen worden und erst dann haben die Maßnahmen eingesetzt, wenn leider schon eine lange Zeit schlimmer Unzuträglichkeiten vorbei war. Wir haben leider auch in der Höchstpreisfestsetzung, um eine der wichtigsten Forderungen zu betonen, nicht herbeizuführen können, daß der Einfluß großer wirtschaftlicher Interessengruppen von der Regierung ferngehalten wurde, sondern es sind

im Gegenteil alle Maßnahmen in bezug auf die Festlegung von Höchstpreisen unter dem Druck wirtschaftlicher Interessengruppen gestellt worden. Das kapitalistische Regiment hat den stärksten Widerspruch erhoben gegen alle Tendenz des staatlichen Eingreifens in unserem Wirtschaftsbetrieb, so starken Widerspruch, daß jede Maßnahme immer wieder aufs neue in ihrer Wirkung zu einem erheblichen Teil aufgehoben wurde. Es fehlt der Regierung die Entschiedenheit in der Durchführung. Das Jagen nach Gewinn steigert sich wie der Mangel an Lebens- und Bedarfsmitteln auf dem Markt zumut. Je mehr wir Gesetze scharfen, die es möglich machen sollten, die übermäßige Preissteigerung und den Wucher zu fassen, desto mehr tritt in gewissen Kreisen die Tendenz auf, unverschämter und wüster das Treiben zu begünstigen, um schließlich zu übermäßigen Kriegsgewinnen zu kommen, und die Kriegskonjunktur rücksichtslos auszunützen. Es fehlen die Schranken in der Kriegswirtschaft, die einem solchen Treiben gesetzt werden müßten. Wir sehen bei diesem außerordentlichen Widerstand, den die kapitalistischen Tendenzen unserer ganzen Kriegswirtschaftsordnung hervorbringen, ein Verjagen wichtiger und bedeutender Mittel in unserem ganzen Verwaltungsapparat. Der Verwaltungsapparat hängt viel mehr mit den großen kapitalistischen Interessengruppen und ihren Ansprüchen zusammen als mit den Gesamtinteressen der Bevölkerung. So ist fast jede Verordnung, die erlassen wurde, sehr bald wieder durch eine neue ersetzt worden, weil immer wieder der Versuch gemacht werden mußte, aufs neue einzugreifen gegen diejenigen Bestrebungen, die darauf hinausgehen, die Durchführung der planmäßig geordneten Verteilung unserer Lebensmittel sich zu widersetzen. In der Regierung zeigt sich das Bestreben, immer wieder die Preise aufs neue in die Höhe zu treiben. Was durch die Ausschließung der freien Konkurrenz nicht möglich war, die Preise hinaufzubringen, das wird mehr oder weniger durch die amtlichen Höchstpreise erzielt. Auch bei der diesjährigen Ernte sind wieder für einige wichtige Nahrungsmittel besondere Prämien und Zuschüsse an die Erzeuger gezahlt worden. Es ist geradezu unerhört, daß wir für unser Brotgetreide eine sogenannte Frühdruschprämie von 60 Mk. für die Tonne zahlten. Unerhört ist es auch, daß bei den hohen Kartoffelpreisen, die heute schon trotz einer so günstigen Ernte eine Höhe erreicht haben, wie noch niemals im Kriege, dennoch abermals eine besondere Prämie von 50 Pf. für den Zentner für schnelle Ablieferung und noch besondere Beförderungsprämien dem Erzeuger gezahlt werden, so daß damit zu rechnen ist, daß der Kleinverkaufspreis bis auf 9 bis 10 Mk. für den Zentner hinaufgesetzt wird. Mit Recht ist in der ganzen Bevölkerung der Unwille über diese Maßnahmen zum Ausdruck gekommen.

In Anbetracht dieser Erscheinungen haben wir gefordert, daß die Regierung zur Senkung der Preise aus Staatsmitteln Aufwendungen machen soll, um für die minderbemittelte Bevölkerung Preise für die notwendigen Lebensmittel zu erreichen, die es möglich machen, daß wenigstens die zuteilsten Rationen auch erworben werden können. Wir sagen in unserer Resolution, daß wir grundsätzliche Bedenken haben, aus Staatsmitteln zur Senkung der Lebensmittelpreise Aufwendungen zu machen, denn die Folge ist natürlich die, Lebensmittelpreise Aufwendungen zu machen, hinter denen ja auch politische Interessen stehen, Staatssubventionen zur Verfügung stellen. Ich darf darauf hinweisen, daß uns die Fleischzulage im Frühjahr dieses Jahres aus Staatsmitteln eine Subvention von rund 500 Millionen Mark gekostet hat, und daß gegenwärtig die Ablösung der Frühdruschprämie und der Schnelligkeitsprämie für Kartoffeln rund abermals 400 Millionen kosten wird, die in die Taschen der landwirtschaftlichen Interessentkreise fließen, die jenseit

Zuwendung nicht beanspruchen können, die sich nicht in einer Notlage befinden, sondern reichlich in der Kriegszeit ihre Gewinne eingeharnt haben. (Sehr richtig!) Aber wir befanden uns in einer besonderen Notlage, so daß wir unter dem Zwang der Verhältnisse den Anspruch, aus Staatsmitteln Dedung zu schaffen, erheben mußten. Wir müssen dazu greifen, um das Interesse der Finanzverwaltung wach zu rufen an der Befestigung der Preise. Vielleicht gelingt es uns auf diesem Wege eher als mit den bisherigen Mitteln zu erreichen, daß zu einem Abbau der Preise übergegangen wird, anstatt zu einer fortgesetzten Steigerung.

Im einzelnen kann ich Ihnen hier unsere grundsätzliche Stellung nicht darlegen. Sie kennen unsere Auffassung, die im wesentlichen darauf hinausgeht, in der Zeit des Krieges die freie Konkurrenz auf dem Wirtschaftsmarkt aufzuheben und an deren Stelle die Einföhrung der Beschlagsnahme und Verteilung der Produkte und die Festsetzung von Höchstpreisen treten zu lassen. Die Sorge für die Zukunft ist nicht gering, die Klagen unserer Hausfrauen werden leider noch lange nicht verschwinden, wir werden noch eine Zeit durchleben, die uns in Sehnsucht zurückblicken läßt auf die Tage vor dem Kriege. (Sehr richtig!) Wir haben die große Aufgabe, die Entfaltung unserer Volkskraft herbeizuführen. Das wird eine der bedeutendsten, der schwierigsten aber auch der lohnendsten Aufgaben für die Zukunft sein, es wird eine Aufgabe für die Sozialdemokratie sein, die ihr die Unterstützung auch der Kreise sichern wird, die ihr bisher fernstanden, wenn in wirtschaftlicher Beziehung die Bedingungen eines gesunden Aufstiegs geschaffen sind, dann wird das deutsche Volk zu neuem Leben erwachen und dann wird seine Zukunft auf festen Grund und Boden gebaut sein. (Lebhafte Beifall.)

Giermann-Künzberg: Die Regelung der Lebensmittelversorgung hat die größte Ungleichheit heraufbeschworen und neben all dem sonstigen Kummer und Leid die größte Sorge verursacht. In der Resolution ermittle ich etwas, was in letzter Zeit von unserer Reichstagsfraktion angeregt ist, und zwar die Forderung, daß man zur Abgabe von Lebensmitteln an Kinderbemittelte Staatsbeihilfen zur Verfügung stellen muß. Die Reichsregierung hat erklärt, daß sie über die verfügbaren Mittel, die für diesen Zweck bereitgestellt werden müssen, noch keine definitive Auskunft geben könne, und die Gemeinden haben nun keine Möglichkeit, sich einzurichten. Leider hat man mit derartigen Maßnahmen allzu lange gewartet und die Folge davon ist, daß unsere Genossen, die zu Hunderten und zu Tausenden in den Gemeinden mitwirken, mit gebundenen Händen dabeistehen. Dieser Frage muß unbedingt eine größere Bedeutung beigegeben werden. (Sehr richtig!) Ich bin mit Schmid der Meinung, daß es grundsätzlichen Bedenken begegnet, Reichsmittel zur Preisfestsetzung im allgemeinen zur Verfügung zu stellen, aber für Kinderbemittelte müssen Reichsmittel gewährt werden. Die Lebensmittelversorgung darf nicht so geregelt werden wie bisher, indem vom grünen Tisch in Berlin aus die Höchstpreise für das ganze Reich diktiert werden. Bei uns haben die Landwirte selbst zugegeben, daß die Preise viel zu hoch sind, weil die Reichsleitung auf Wesen und Ostpreußen zu große Rücksicht nimmt, unbefürmert um die Verhältnisse in anderen Landesteilen. (Hört! hört!) Diese schablonenhafte Festsetzung der Preise nach den Berliner Verhältnissen darf nicht beibehalten werden, das ist tatsächlich ein Zustand, den man nicht verantworten kann. Notwendig ist ferner ein Abbau der Lebensmittelpreise. Wir haben schon einen Abbau im Laufe dieses Jahres erlebt, aber einen Abbau, der nicht ein Abbau, sondern ein Preissturz war und die Fleischversorgung besonders in Frage gestellt hat. Diese Preispolitik, wie sie von Berlin aus betrieben wird, liegt weder im Interesse der Produzenten noch der Konsum-

umenten, sondern sie war ein Angstprodukt der Regierung in Berlin. Ein weiterer Mangel ist es, daß die Regierung nicht sagt was ist. Man soll mit größerer Offenheit der Gesamtbevölkerung sagen, wie die Verhältnisse liegen und nicht mit Rücksicht auf das Ausland Zahlen mitteilen, die das Gegenteil von dem sind, was in Wirklichkeit ist. Das Ausland ist sehr gut informiert, aber die Bevölkerung wird stets auf Grund der Mitteilungen, die doch zum größten Teil nur auf Schätzungen beruhen, der Meinung sein, nun ist alles in Ordnung, die Ernte ist sehr günstig ausgefallen. Um so schlimmer ist die Enttäuschung, wenn die Ergebnisse nach einigen Wochen ganz andere sind und wenn die Bevölkerung sich dann noch mehr einschränken muß. Ich er-blicke darin eine große Gefahr und wünsche, daß unsere Vertretungen darauf hinarbeiten, daß in Zukunft der Berechnung richtige Zahlen zugrundegelegt werden. Jetzt ist von Berlin aus das Schweinemorden wieder angekindigt worden als eine dringend gebotene Notwendigkeit. Vertreter der Landwirtschaft in Bayern haben diese Verordnung als hellen Wahnsinn bezeichnet und erklärt, noch niemals war die Schweinemast so vorteilhaft wie in diesem Jahre. (Hört! hört!) Wenn von Berlin aus Verordnungen kommen, die unmöglich durchgeführt werden können, so muß das Widerspruch auslösen bei allen denen, die mitarbeiten sollen. Alle diese Erscheinungen führen dann zu der bekannten Schwarzschächterei, der viel zu wenig entgegengewirkt wird. Ich möchte nur wünschen, daß diesen Fragen mehr Bedeutung beigelegt wird. (Bravo!)

Frau Wagner-Chemnitz: Die Schwierigkeiten der Nahrungsmittelversorgung haben vor allem die Frauen furchbar verbittert. Es liegt im Wesen der Frauen, daß wenn sie etwas materiell berührt, sie das meist unerer Organisation entgelten lassen. Tausende von Frauen erklären uns heute: Hättet Ihr richtiger eingegriffen, dann würde es ganz anders aussehen um die Lebensmittelversorgung, aber Ihr tut ja nichts. Auch erklären die Frauen, bei dem langen Warten, bei dem „Anstehen“ haben sie keine Zeit, Versammlungen zu besuchen und bei der Teuerung kein Geld, die Parteizeitungen zu bezahlen. Freilich für bürgerliche Zeitungen ist immer noch ein Groschen übrig, weil diese bürgerlichen Zeitungen miunter in einer Art und Weise schimpfen, die sie selbst nicht beantworten können, und die davon zeugt, daß sie von der ganzen Sache nichts verstehen. Wenn man in der Lebensmittelkorporationen sitzt, sieht man, wie die Vertreter der Landwirtschaft schon heute hübsch vorarbeiten für die Zeit nach dem Kriege, damit die Landwirtschaft recht geschützt wird. Da heißt es: Dort ist nicht genügend geschützt worden, dort ist die Grenze nicht genug abgesperrt worden. Kurz, nach dem Kriege werden sich diese Leute mit erneutem Schwung dafür einzusetzen. Tatsache ist, daß unsere Vertreter, die männlichen und weiblichen, sich ganz energisch für die Nahrungsmittelversorgung ins Zeug gelegt haben. Das muß denen, die es angeht, bei jeder Gelegenheit ins Sinn hineingetrommelt werden. Wenn unsere Vertreter nicht mitgearbeitet hätten, stände es heute noch bedeutend schlechter, dann wären nicht einmal die Nahrungsmittel rationiert worden, die jetzt erjagt sind. (Sehr richtig!) Aber es kommt ja auch vor, daß uns die jetzt erjagt sind. (Sehr richtig!) Wenn Ihr nicht in der Lebensmittelversorgung mitgearbeitet hättet, so wäre der Krieg längst zu Ende. So ein Wödsinn wird geredet. Das kommt davon, wenn die Frauen nicht richtig aufgeklärt werden. Man muß sie aber auch in verständiger Weise aufklären. Ich kann es nicht beantworten, die Frauen aufzuwiegen, daß sie Spektakel machen und Fenster-scheiben einschlagen. Dann kommt die Frau ins Gefängnis und die Kinder müssen ins Versorgungshaus. Wir müssen alles daran setzen, um die Frauen vor Unbesonnenheiten zu bewahren. Die Hauptschuld an den Zuständen

trägt die Landwirtschaft, die nie genug bekommen kann für ihre Produkte. Die Preise werden immer höher, aber deswegen kommt kein Pfund Nahrungsmittel mehr auf den Markt. (Sehr wahr!) Im Gegenteil, es verschwindet noch mehr hinten herum im Schleichhandel, und ich kann es auch den Landwirten wirklich nicht übel nehmen, wenn sie dann für die hohen Preise die Waren hinten herum abgeben. Die Leute mit viel Einkommen brauchen auch heute noch keine Not zu leiden, aber die Minderbemittelten können nicht einmal das Rationierte kaufen. Eine arme Kriegerfrau, ein armer Textilarbeiter, der mit der armeligen Textilarbeiterfürsorge auskommen muß, kann sich nicht das Notwendigste kaufen. Mir kommt es so vor, als wenn heute schon vorgearbeitet würde für später, damit die Unternehmer recht niedrige Löhne zu zahlen brauchen, weil die Leute schon ans Sparen gewöhnt sind. Dann braucht keine Sparagnos mehr Rezepte hinauszugeben. (Sehr gut!) Man sagt, wir hätten früher zwiefel Fleisch gegessen, unsere Ernährung wäre falsch gewesen. Nun, wenn das richtig wäre, dann wären unsere Krieger draußen schon längst zusammengebrochen. (Sehr wahr!) — Um die Preise zu überwachen, haben wir die Preisprüfungsstellen. Nun, wer das „Vergrüßen“ hat, daran mitzuarbeiten, wird wohl schon manchmal gesagt haben: Schade um die Zeit. (Sehr richtig!) Es ist geradezu skandalös, wie da der Bauer seine Feste feiert. Hier heißt es wirklich: die kleinen Diebe hängt man und die großen bekommt man nicht, die sind zu schlau, sich fangen zu lassen. Ein Kleinhändler, der mal die Höchstpreise um 3 oder 5 Pf. überschreitet, wird gefaßt, aber bei denen, die Tausende von Gewinnen einstecken, versagt bei der Nachforschung die eine oder andere Stelle oder es kommt irgendein Sachverständiger, der bearbeitet, daß den Leuten der Gewinn bleiben muß. Wo hat uns die Preispolitik hingeführt? Trotz der guten Kartoffel- und der vorzüglichen Obsterteie sind die Preise für diese Lebensmittel so hoch, daß arme linderreiche Familien sich nicht an Kartoffeln sattessen können. Wir in Sachsen bekommen z. B. die zweite Sorte Birnen, die 40 Pf. kosten, nur ganz wenig, die wandern in die Marmeladenfabriken. Das Obst, das aus Baden und Bayern kommt, kostet bei uns 70—80 Pf. das Pfund. Das kann eine Kriegerfrau, eine Arbeitslose, nicht für ihre kindlichen Mitteln bereitgestellt werden, es sollen Gelder aus öffentlichen Mitteln bereitgestellt werden, um den Leuten ihre Lage zu erleichtern, so bin ich ja nicht sehr erbauet davon, aber es ist schließlich das kleinere Übel, um den Leuten über die allerelendeste Zeit hinwegzuhelfen. Allerdings wird hier aus öffentlichen Mitteln den Herrschaften der Beutel gefüllt, denn letzten Endes müssen wir das doch bezahlen. (Sehr richtig!) Die Stimmung in der Bevölkerung ist: Wir müssen die Kriegsanleihe zahlen — und andere zeichnen sie. Der aller schönste Protest gegen diese schlechte Versorgung mit Lebensmitteln wäre, wenn unsere Organisationen alle Woche einige tausend neue Anmeldungen zu verzeichnen hätten. (Sehr gut!) Davor hat die Regierung mehr Angst, als wenn zehn Frauen Fenster einwerfen. Wenn man mehr Verordnungen verlangt, so sage ich: Verordnungen haben wir mehr als genug, sie werden bloß nicht durchgeführt. Die Bevölkerung muß dafür sorgen, daß mehr Anzeigen erstattet werden und mehr Protest erhoben wird. Inerhört ist, daß uns von Nahrungsmittelstellen solche Dinge wie das schlechte Kohlrübenmehl zum Verzehr angeboten werden, das die Landwirte als Schweinefutter abgelehnt haben, weil es ihnen zu teuer war. Sorgen Sie dafür, daß die Bevölkerung allenthalben erfährt, in wie hohem Maße die sozialdemokratischen Vertreter und Vertreterinnen in den bestehenden Körperchaften für eine bessere Nahrungsmittelversorgung eintreten und daß bei allen Gelegenheiten für unsere Organisationen agitiert wird. Je stärker

unsere Partei wird, desto mehr Angst werden die maßgebenden Stellen bekommen. Dann werden sie auch wirklich etwas Durchgreifendes tun. (Lebhafter Beifall.)

Rudolf Fischer-München: In Norddeutschland denkt man allgemein, daß wir in Bayern in dem Lande sind, wo Milch und Honig fließt. (Lebhaftes Sehr richtig! und Heiterkeit.) Wo ich bin überzeugt, daß auch mancher unserer Genossen mit dem freudigen Gefühl nach Würzburg gefahren ist, sich von hier eine große Butterdose mitzubringen. (Heiterkeit und Sehr richtig!) In Wirklichkeit liegt es auch bei uns in Bayern ganz anders, als man in Norddeutschland denkt. Allerdings, weite bäuerliche, Landwirtschaft betreibende Bezirke haben keine Not an Lebensmitteln, aber in den großen Städten, vor allem in den Industriebezirken, in den oberfränkischen Bezirken, haben wir die gleiche Not wie in Mittel- und Norddeutschland. Einige sind wir alle darin, daß wir die Höchstpreise für die notwendigen Lebensmittel unbedingt brauchen. Den Bestrebungen der Gändlerkreise, die Preise wieder dem freien Spiel der Kräfte zu überlassen, muß mit allem Nachdruck entgegengetreten werden. Aber die jetzige Höchstpreispolitik schematisiert zuviel. Es werden in der Regel Höchstpreise festgesetzt für die Erzeuger gleichmäßig für das ganze Reichsgebiet. Das ist ein großer Fehler, denn die Bedingungen sind in den verschiedensten Gebieten ganz verschieden. Ein Preis von 8 Mk. für den Zentner Kartoffeln ist zum Beispiel für die armen Weber in Oberfranken ein ganz unerhörtes und unerschämtes, und eine Familie mit 8 Köpfen muß rund 200 Mk. für ihre Winterkartoffeln ausgeben. Das können solche armen Leute nicht erzwängen. Der Preis für Frikaschmild wird aufs neue gesteuert, er ist zum Teil bedingt durch den hohen Preis für Heu. Das Heu kostet sonst 8 Mk., in Bayern 6,50 Mk. für den Zentner. Aber man bekommt für diesen Preis in Bayern kein Heu, weil die Militärbehörde auf den niedrigeren bayerischen Preis keine Rücksicht nimmt, sondern jeden Preis zahlt. Die Bauern rechnen nun aus wie viel sie einnehmen, wenn sie Milchwirtschaft treiben, und was dann, wenn sie die Milchkuhe abschaffen, und das Heu anstatt zu verfüttern, verkaufen. Weil sie bei der Milchwirtschaft schlechter wegkommen, verlangen sie nun den höheren Preis, der ihnen auch bewilligt wird. So treibt ein hoher Preis den anderen. Es wäre weit richtiger, die Erzeugerpreise bezirksweise festzusetzen. Natürlich muß dann auch die Versorgung bezirksweise geregelt werden. Das ist ganz gut durchführbar. Wir sind keine Partikularisten, wir wissen, daß Bayern auch zum Deutschen Reich gehört und sind durchaus dafür, daß die überreichlichsten Produkte eines Bezirks mit anderen Bezirken ausgetauscht werden. Natürlich kann es nicht angehen, daß die reichen Leute aus Norddeutschland für teures Geld die Produkte aus Bayern herausholen, indem sie die Preise ins Ungeheuerliche in die Höhe treiben. Beim Obst ist es so gegangen, daß trotz der Riesenernte die Preise für breite Volksmassen unerschwinglich hoch sind. Einzelne Bauern haben 4000 bis 5000 Mk. eingebracht, wo sie nur mit 500 bis 600 Mk. gerechnet hatten. Die Preisprüfungsstellen hat die Vorrednerin schon richtig beleuchtet. Die Verbraucher sind hier viel zu wenig vertreten. Dazu kommt, daß die Vertreter des Handels und der Landwirtschaft in diesen Kommissionen noch außerdem meist viel sachkundiger sind, so daß die Vertreter der Verbraucher gegen ihre Argumente nicht immer aufkommen. Bei allen Verordnungen wird viel zu viel Rücksicht auf die Erzeuger und fast gar keine auf die Verbraucher genommen. Wegen dieses Systems müssen wir auf das nachdrücklichste protestieren. Deshalb begrüße ich die Resolution 57. Bei der Übergangswirtschaft wird darauf zu achten sein, daß die vorhandenen Kräfte sparsam ausgenutzt werden. Dem

Handel darf nicht freie Hand gelassen werden, eine gewisse Kommunalwirtschaft wird auch nach dem Kriege noch längere Zeit bestehen bleiben müssen, ebenso das System der Höchstpreise. Bei der Verteilung müssen wir mit der geringsten Kraft die höchste Leistung erzielen. Hierbei verdienen vor allem die Genossenschaften Beachtung. Sie haben im Kriege die Hoffnung erfüllt, die man auf sie gesetzt hat. Sie tragen auch dazu bei, um unsere Genossen praktisch durchzubilden auf dem Gebiete der Verteilung, was wir nach dem Kriege sehr gut brauchen werden können. Die Resolutionen von Kopenhagen und dem Parteitag zu Magdeburg, die die Parteigenossen und -genossinnen verpflichten, sich den Konsumgenossenschaften anzuschließen, müssen weit mehr beachtet werden als bisher. (Sehr richtig!) Vor allem muß sich unsere Partei dafür einsetzen, daß die Absicht, die Preise für die notwendigen Lebensmittel noch mehr zu erhöhen, auf keinen Fall durchgeführt wird. Wir müssen dem ganzen Gebiet der Lebensmittelversorgung und der Preisgestaltung noch viel mehr Aufmerksamkeit schenken als in der letzten Zeit.

Greger-Neußlin: Es ist unmöglich und kann auch nicht Aufgabe des Parteitags sein, die ganze Misere der Lebensmittelfrage hier zu erörtern. Parteivorstand und Generalkommission haben jedenfalls alles Mögliche geplant, um die größten Mißstände zu beseitigen. Wenn nicht alles gesehen ist, was auch die Gemeinden dringend gewünscht hätten, so dürfen wir nicht vergeffen, daß die Lebensmittelfrage auch eine Nachfrage ist, die in das Gesamtgebiet der Politik hineingeht. (Sehr wahr!) Sehr bedauerlich ist, daß unsere Vorschläge in den Kreisen des Volkes noch nicht genügend bekannt sind und daß infolgedessen die Mißstimmung zum großen Teil auf uns abgewälzt worden ist. Da muß es vor allem anderen unsere Aufgabe sein, den großen Massen noch mehr als bisher von unserer Tätigkeit und unseren Forderungen Kenntnis zu geben.

Woher kommt nun im wesentlichen dieser unjägliche Jammer? Daher, daß die Maßnahmen der Regierung in der Hauptsache versagt haben. Die mangelhafte Erfassung der Lebensmittel hat in den großen Städten gefährliche Zustände erzeugt und den Warenwucher großgezogen. Selbst öffentliche Körperchaften haben sich in erheblichem Maße daran beteiligt. Die Gemeinden müssen als Aufkäufer der Lebensmittel die Höchstpreise oft überaus dem Gemeindefiskus decken. Bei der Lieferung von Obst und Gemüse haben die Produzenten von den Gemeinden vielfach Zusätze verlangt. So ihnen zugleich Ammoniat zur Düngung geliefert wurde. Die Gemeinden bekamen also ihr Gemüse nicht, oder sie mußten den Militärzweck betragen. Die Kommissionsäre der Gemeinden haben sich gegenseitig überboten, und die Gemeinden mußten ihnen ungeheure Provisionen zahlen, um überhaupt Waren zu bekommen. Kammerliche Futtergutbesitzer haben nur noch geliefert, wenn ihnen fingierte Arbeitsleistungen hoch bezahlt wurden; sonst erklärten sie lieber ihre Schafe über den Gemüseacker laufen zu lassen. (Hört! hört!) Im Schleichhandel haben die Gemeinden vielfach Lebensmittel zu sehr hohen Preisen gekauft, z. B. Käse, Speck, Fleischwaren und Hühner. Aber die J. & S. hat ihnen dieselben Waren zu noch höherem Preise angeboten, als Höchstpreise umgangen. So bedeutend der Erfolg war, den Parteivorstand und Generalkommission mit der Festsetzung der Höchstpreise erzielt haben, so ist er doch im wesentlichen wieder illusorisch gemacht worden. (Sehr wahr!) Vor jeder Senkung der Höchstpreise werden die Gemeinden mit Gemüse und

Kartoffeln überschüttet. Trotzdem verbietet die Regierung, diese Kartoffeln ohne Karten abzugeben. Jetzt, wo der Preis der Fabrikkartoffeln erhöht wird, wird wieder ein Mangel an Speisekartoffeln eintreten. Im Gegensatz zum Genossen Biermann halte ich die Abschichtung der Schweine für eine notwendige Maßnahme. Sonst würde die Versorgung der Großstädte mit Lebensmitteln noch viel größere Schwierigkeiten machen. Die Stadtverordnetenversammlungen sind vielfach gerüffelt worden, wenn sie an der Lebensmittelversorgung offenerzige Kritik übten. Dabei wissen wir ganz genau, daß nur öffentliche Besprechungen Abhilfe schaffen können. Dringen wir also mit der größten Energie auf Abhilfe, und bringen wir den Parteigenossen bei, daß die Lebensmittelfrage als Nachfrage behandelt werden muß. (Beifall.)

Vorsitzender Ebert: Die Abstimmung über die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission ist geschlossen. Ich erlaube die Mandatsprüfungskommission, das Ergebnis feitzustellen.

Frau Schilling-Wöbeln: Sätte die Regierung unsere Vorschläge rechtzeitig angenommen, hätten wir nicht ein solches Lebensmittelkenn. Diese Verzögerung und Halbheit fordert den schärfsten Protest heraus. Die Folgen hat die Arbeiterklasse in gesundheitlicher und moralischer Beziehung zu tragen. Während der Wöchnerinnenschutz die Säuglingssterblichkeit zurückgedrängt hat, leiden gerade die Kinder im schönsten Wachstum schwer unter der Lebensmittelnot und brechen häufig in der Schule vor Schwäche zusammen. Ebenso schlimm geht es den erwerbstätigen Frauen. Denn in der Arbeitszeit können sie sich nicht besorgen, was ihnen zusteht und was einem bei Gelegenheit noch zufällt. Man weiß diese Kermis der Armen auf die Massenlichen. Aber diese sind noch immer eine Art Wohltätigkeitsanstalt: das Gebotene entspricht nicht den Preisen und die Preise entsprechen nicht den Mietsteigerungen und Löhnen der Arbeiter und Arbeiterinnen. Am schwersten machen sich die Wirkungen der Unterernährung bei den Heimarbeiterinnen bemerkbar. Bei meiner Agitation als Tabakarbeiterin schauderte mir beim Anblick der Klassen, verhärmten Frauen und der unterernährten Kinder manches Mal die Seele. Dabei sind von den Tabakarbeitern schon in Friedenszeiten 60 Proz. tuberkulös. Wie soll das in Zukunft werden? Unzählige Frauen und Kinder versührt die Not zum Diebstahl. So hatte ich jüngst in unserem Auskunftsbureau ein Mutter von sechs Kindern, die aus Not sich in unserem Kartoffeldiebstahl beteiligt hatte und dafür zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden war. (Gört! hört! und Psittuse.) Wir haben wenigstens erreicht, daß ihr die Strafe bis nach dem Kriege gestundet wurde. Nicht selten kommen zu uns Frauen mit ärztlichen Zeugnissen, daß ihnen Hände und Füße absterben oder die Kinder im Mutterleibe nicht zur Entwicklung gelangen. Gewiß ist nicht genug da, aber wenn der Schleichhandel nicht wäre. Die Behörden sind oft noch ungeheuer rückständig und unjagial. So besteht in unserer Amtshauptmannschaft eine Verordnung, daß alles durch Mehrenlesen gewonnene Getreide an den Kommunalverband abgeliefert werden muß. Da hatten wir nun eine Frau mit vier Kindern, die insgesamt 70 Mt. Kriegsentstützung bezieht, der Mann ist seit 1914 im Felde. Nun hatte er seinen Urlaub angezeigt, und die Kinder hatten, um ihm eine Freude zu machen, die Ernteferien fleißig ausgenutzt, um Mehren zu lesen. Eine neidische Nachbarin hat sie aber angezeigt, und der Kommunalverband hat sie angewiesen, das gesammelte Getreide ohne einen Pfennig Entschädigung abzuliefern. So werden auf der einen Seite Tausende von Mark an Truchprämien hinausgeworfen, und auf der anderen Seite verfährt man mit armen Leuten ja

strenge. (Bewegung.) Ich muß immer lachen, wenn die Behörden eine Versammlung verbieten, weil sie befürchten, daß wir die Massen aufreizten. Aufreizender kann doch beim Teufel nichts wirken als die Zustände, wie sie wirklich sind. Aber ich möchte den Genossen und Genossinnen ans Herz legen, jedesmal, wenn ihnen derartige Unterlagen zur Verfügung stehen, sie für unsere Sache auszunutzen, dann wird die Zeit unserer Erfolge nicht fern sein. (Lebhafter Beifall.)

Frau Overß - Hannover: Die Höchstpreise werden auch noch dem Kriege ein wichtiges Kapitel bleiben. Deshalb müssen wir alles daran setzen, um auf die Preise einzuwirken. Die Frauen sind nicht so empört, wenn keine Waren da sind, als wenn sie unerträglich viel kosten, so daß sie sie nicht kaufen können. Wir müssen alle Nebel in Bewegung setzen, um endlich der ewigen Preistreiberi Einhalt zu gebieten. Wir in Hannover haben selbst Gemüse eingekauft und es zum Einkaufspreis wieder abgegeben. Damit haben wir den Frauen einen wirklichen Gefallen getan und die Händler doch ein wenig erzogen. Sie haben gesagt: Was der Leinert kann, können wir auch und sind mit ihren Preisen heruntergegangen. Das sind natürlich kleine Mittelchen, aber nützen doch der Sache und uns selbst und zeigen unmitteibar greifbar, daß wir etwas erreichen können. (Beifall.)

Ein anderes wichtiges Kapitel ist die Kohlenfrage. Bei uns haben sich im letzten Winter manche Kinder die Hände und Füße erfroren. (Hört! hört!) Jetzt sollen wir auch noch an Gas sparen. Aber wie soll es möglich sein, dann noch etwas zu kochen? Hier müssen wir mit aller Macht eingreifen, dann werden wir uns Zuneigung und Dank der Arbeiterfrauen erringen. (Bravo!)

Hemmelé - Mannheim: In der Resolution Schmidt und Braun heißt es: „Gegen die Bereitstellung öffentlicher Mittel zur Herabsetzung der Kleinhandelspreise müssen grundsätzliche Bedenken erhoben werden. Ausnahmen davon werden nur von Fall zu Fall zugelassen, um der schlimmsten Nothlage zu steuern. Diese Auffassung war bisher allgemein vorherrschend, aber es fragt sich doch, ob wir sie aufrechterhalten können. Im letzten Sommer ging eine große Welle der Erregung wegen des großen Gegensatzes zwischen Einkommen und Lebensmittelpreisen durch das Volk. Nach den erfolgreichen ähnlicher Art über das deutsche Volk. In den letzten drei bis vier Wochen haben nämlich sämtliche Nahrungsmittel, insbesondere Brot und Kartoffeln, eine außerordentlich starke Neigung zur Preiserhöhung gezeigt. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß trotz aller Proteste diese Bewegung nicht aufzuhalten ist. Die im letzten Sommer errungenen Löhne bieten schon heute kein Äquivalent für diese Erhöhung, und neue Lohnbewegungen und Ausstände werden die Folge sein. Nun wissen Sie ja, wie das gedeutet wird. Die herrschenden Schichten legen es der Arbeiterschaft als bösen Willen aus, und machen ihr den Vorwurf, daß sie nicht durchhalten wollen; und unsere Freunde von links benutzen diese Gelegenheit, um für sich Propaganda zu machen. Nun wird es ja den Arbeitern der Kriegsindustrie wohl möglich sein, einen Lohnausgleich zu finden, aber damit wird all denjenigen Gliedern in der Lage sind und schon jetzt bitter-schwere Not leiden. Der Abstand ihrer Löhne von der Höhe der notwendigen Ausgaben ist so groß, daß sie auf die Dauer unmöglich leben können. Angesichts einer solchen Entwicklung müssen wir uns doch fragen, wie wir diesen Leuten entgegenkommen. Wir dürfen ihnen nicht erst von Fall zu Fall gezwungen beibringen, sondern

müssen systematisch diesem Bevölkerungssteil zu helfen suchen. Augenblicklich leben wir von Kartoffeln und dem reichen Obfliegen, alle Dauernahrungsmittel werden zurückgehalten. Soweit sie aber auf den Markt kommen, werden sie wesentlich teurer sein als im vorigen Jahre. Da wäre es eine Unterlassungssünde schlimmster Art, wenn die Genossen in den Gemeindevertretungen sich nicht die Frage vorlegten, was angesichts dieser Kreise für die schlecht entlohnten Arbeiter und Angestellten und die Kriegerfamilien getan werden muß.

Daß für die Minderbemittelten eine Sonderbehandlung notwendig ist, hat der Reichstag bei der Kohlensteuer ja auch anerkannt. Dem Vorbild Hamburgs folgend, haben wir in Mannheim versucht, unserer minderbemittelten Bevölkerung den zehnprozentigen Steuernachschuß zu verschaffen. Als das Kohlenkontor beanstandete, daß wir 80 Proz. der Einwohner als Minderbemittelte rechnen wollten, haben wir ihm erklärt, daß das unsere Sache sei und das Kohlenkontor gar nichts angehe. Das Kohlenyndikat hat sich dann geweigert, die von uns genannten Händler zu beliefern. (Hört! hört!) Wir haben uns darauf bereit erklärt, die Kohle in Sammelladungen auf dem Wasserwege entgegenzunehmen. Das Braunkohlenyndikat hat diese Regelung ohne weiteres angenommen, das Kohlenyndikat aber hat alle unsere Vorschläge mit der brutalen Erklärung abgelehnt, es liefere keine Kohlen mit Steuernachschuß. (Hört! hört!) Die badische Regierung hat unsere Sache zu der ihrigen gemacht, diese Sache schwebt jetzt beim Reichskommissar. Seit dem 10. August geht jetzt dieser Kampf und es wird wohl Frühling werden, bis wir recht bekommen, aber einen praktischen Erfolg werden wir inzwischen nicht haben. Dies nebenbei! Ich wollte es nur sagen, um darauf hinzuweisen, daß es in der Lebensmittelfrage erst recht notwendig ist, etwas für die minderbemittelten Kreise zu tun. Ich würde es deshalb für zweckmäßig halten, den prinzipiellen Widerspruch gegen die Verwendung von Mitteln der Allgemeinheit für diesen Zweck aus der Resolution zu streichen; denn ich glaube, daß wir im Winter und Frühjahrerten entgegengehen werden, die bedeutend schwerer sind als jemals in der Vergangenheit. In der Resolution wird von dem trauerischen Schleichhandel gesprochen, den die Händler treiben. Es ist aber notwendig, auch auf den Schleichhandel hinzuweisen, den die Bevölkerung in so wirksamer Weise unterstützt und der gleichbedeutend ist mit dem Schleichhandel der Händler. Ich weiß, daß man da, wo die Behörden der Bevölkerung nicht mehr die genügenden Nahrungsmittel zur Verfügung stellen, gegen den Schleichhandel privater Personen nicht ankämpfen darf, denn wo der Hunger anfängt, da hört die Gemütslichkeit auf und sucht jeder zu finden, wo er finden kann. So liegt es aber nicht in ganz Deutschland. Meiner Meinung nach kommen wir bei der Preisbildung mit den allgemeinen Medensarten nicht mehr durch. Wir haben im letzten Winter in Baden den kleinen Bauern das letzte Pfund Getreide, das letzte Pfund Kartoffeln weggeholt und diese Leute waren in diesem Vorwinter genötigt, alles, was sie für die Fütterung des Viehes brauchen, zu kaufen. Wie hoch die Preise sind, die wissen Sie, und so haben wir die Tatsache zu verzeichnen, daß zwar die Landwirtschaft im allgemeinen gut floriert, die kleinen Bauern aber bereits wieder beginnen, schwere und bittere Not zu leiden, vor allem jene Bauern, die nicht in der Lage sind, Waren in größeren Mengen zu verkaufen. Hier zeigt sich genau dasselbe Bild wie in der Friedenswirtschaft. Man kann es deshalb sehr wohl verstehen, wenn da und dort bei der Preisbildung Wege eingeschlagen werden, die wir zwar nicht billiger, die aber Voraussetzungen haben, über die man heute nicht mehr hinwegkommt. Wir haben in keiner Stadt heute ausreichende Milch für die Säuglinge. Wo die Städte Eigen-

Produktion treiben, kostet sie die Milch 55 bis 60 Pf. in den Gegenden, wo der normale Erzeugerpreis 28 Pf. ist. Wenn die Bauern nun hören, wie hoch die Selbstkosten der Städte sind, dann werden sie die ständige Klage, daß man mit 28 Pf. Erzeugerpreis nicht mehr auskommen kann, verstehen. Dazu kommt, daß, wenn der Butterpreis in Preußen höher ist als in Süddeutschland, die Butter abwandert. Solchen Dingen kann man nicht mit allgemeinen Protesten begegnen, sondern man muß versuchen, die höheren Betriebskosten auszugleichen, indem man sie auf die öffentlichen Körperschaften überwälzt. Gewiß zeigen wir dadurch die Landwirte, die Preisfrage immer schärfer anzugehen, aber auf der anderen Seite werden die Oberbürgermeister dadurch veranlaßt, ernster als bisher vorzugehen. So wird das, was wir aus Not tun müssen, das ein oder andere Gute haben, daß die Herren, die sich bisher noch nicht auf ihre Pflicht besannen, zur Bestimmung kommen und daß sie mit uns dafür kämpfen, daß mindestens einmal eine Stabilität in der Preisbildung zu erreichen gesucht wird. (Bravo!)

Leinert, Hannover: Gewiß müssen wir uns in der Ernährungsfrage, was die Produktionskosten und die Preisfrage für die Verbraucher betrifft, großer Objektivität befleißigen. Wir müssen in verschiedener Beziehung eine Vereinerung der Produktion anerkennen. Auch eine Verteuerung, die im Transportwesen liegt, können wir nicht abstreiten und müssen auch darauf die gebührende Rücksicht nehmen. Anderer Ansicht bin ich dagegen wie Kemmle, der meint, daß der in der Resolution vorgeschlagene Weg, wonach die Bereitstellung von öffentlichen Mitteln zur Herabsetzung der Kleinhandelspreise grundsätzlich nicht zu billigen sei, eine falsche Auffassung wäre. Diese grundsätzliche Mißbilligung dürfte nicht ausgesprochen werden. Da möchte ich folgendes sagen: Zunächst einmal muß die Bewilligung von Mitteln zur Herabsetzung der Kleinhandelspreise notwendigerweise zur Voraussetzung haben, daß für jede Familie eine bestimmte Summe Geld für die Ernährung festgesetzt und dort, wo die Einnahme zu gering ist der Zuschuß aus öffentlichen Mitteln verschiedenen Gemeinden wieder verschieden sein und der Erfolg würde natürlich nicht der sein, daß den betreffenden Arbeiterfamilien geholfen wird, sondern nur der, daß die Erzeugerpreise bemessen werden nach dem Unterhaltungsminimum der Stadt, die sie am höchsten heraufgebracht hat und am liberalsten gegen die Einwohner handelt. Dieser Weg kann nicht beschritten werden. Wohl aber ist es möglich, daß die Städte ihre Waren an Einwohner mit geringerem Einkommen billiger abgeben. Aber auch dies Mittel läßt sich nicht überall durchführen, denn es gibt Städte mit 98 Proz. Proletariern und dort ist natürlich eine Schichtung der Bevölkerung mit Erfolg für die ärmere Bevölkerung nicht zu machen. Deshalb müssen die Gemeinden die Möglichkeit haben, selbst Zuschüsse zu geben und die Waren denjenigen billiger abzulassen, die vielleicht außerhalb der Kriegsindustrie beschäftigt sind und mit geringerem Einkommen künftighin nehmen müssen. Was in der Resolution gesagt ist, ist ja auch im Reichstag beantragt worden. Dort hat unsere Fraktion beantragt, die Mehrkosten für die Herstellung der Lebensmittel auf das Reich zu übernehmen, und deshalb ist die Druckprämie für Getreide und die Kartoffelprämie auf das Reich übernommen. Diese Antragspreise bringt naturgemäß eine weitere Steigerung der daraus hergestellten Produkte hervor. Leider haben wir nun aber trotzdem eine sehr bedeutende Erhöhung des Brotpreises und der übrigen Lebensmittelpreise feststellen können.

Nun ist weiter gesagt, die Höchstpreise für die Erzeuger können unmöglich über das ganze Reich einheitlich festgesetzt werden und es ist eine bezirksweise Festsetzung empfohlen worden. Das ist nach meiner Meinung ganz unmöglich, die heutigen Höchstpreise sind so hoch, daß selbst der mit der teuersten Produktion auch noch ein gutes Stück Geld daran verdienen kann. (Sehr richtig!) Deshalb darf man es nicht einzelnen Bezirken überlassen, die Höchstpreise noch höher festzusetzen. (Zuruf: Aber niedriger!) Sie rufen niedriger. Können Sie jemals gegen die Absicht der Agrarier durch die Verwaltungsbehörden eine niedrigere Festsetzung der Höchstpreise erreichen? Können Sie einen einzigen Fall in Deutschland feststellen? Das ist unmöglich, weil bei einer niedrigeren Festsetzung sofort die Korrektur durch das Kriegsernährungsamt oder durch andere Reichsstellen eintritt. Wenn man dieses Ziel im Auge hat, so wird das Gegenteil erreicht. Das haben die Bestimmungen über die Höchstpreise für Gemüse so deutlich gezeigt, daß jeder davon überzeugt sein muß, daß nur ein einheitlicher Erzeugerpreis für ganz Deutschland das Richtige sein kann. Gerade beim Gemüse hat es sich gezeigt, wie man auf die Agrarier ungeduldfertige Rücksichten nimmt. (Sehr richtig!) Die Bestimmungen der Reichsstelle für Obst und Gemüse konnten gar nicht eingehalten werden. In dieser Beziehung müssen wir verlangen, daß die Regelung der Preise eine größere Stetigkeit hat und vor allem, daß die Preisregulierung nicht erfolgen darf in der einen Gegend nach der anderen nach jenen Grundsätzen, sondern daß hier ganz bestimmte Richtlinien ein für allemal festgelegt werden. Gerade beim Gemüse und Obst hat es sich herausgestellt, daß die Reichsstelle den Einflüsterungen und dem Verlangen der Erzeuger ungeheuer entgegengekommen ist. So sind für das Herbstgemüse schon im Frühjahr Preise festgesetzt, die für Lieferungsverträge gelten sollen mit der Bestimmung, daß die Preise für Gemüse und Obst, das nicht auf Lieferungsverträge in die Gemeinde kommt, geringer sein sollen, um damit den Abschluß der Lieferungsverträge zu ermöglichen. Es sind Lieferungsverträge abgeschlossen, es sind die Preise für das Gemüse im freien Verkehr, aber nicht niedriger geworden, sondern höher als die Richtpreise vom Frühjahr. So sind mit einem Mal Millionen denen gegeben, die auf Grund der angekündigten Preise ihr Gemüse angebaut haben.

Ich begrüße das in der Resolution Gesagte, daß wir unmöglich dem freien Handel noch weiteren Spielraum lassen können als jetzt. Der freie Handel hat nicht dazu beigetragen, die Bevölkerung zu versorgen, sondern er hat lediglich die Konjunktur ausgenutzt, um so viele Gewinne wie möglich zu erzielen, und da ist es ihm gleichgültig, ob die Waren in eine Stadt kommen, die schon überfüllt ist und ob sie herausgenommen werden aus einer Stadt, die ungeheure Not erlitten hat.

Diese Absicht, lediglich Gewinne zu erzielen, bestreitet der Handel natürlich. Man weist auf die soziale Bedeutung des Handels hin. Das ist vollkommen falsch. Der Handel hat als soziales Element in der Ernährung des Volkes vollkommen versagt. (Sehr richtig!)

In der Frage der Preisfestsetzung muß ich noch hinweisen auf die maßlose Begünstigung und Bereicherung der Großgrundbesitzer. (Sehr richtig!) Auch bei aller objektiven Betrachtung der Steigerung der Produktionskosten muß man sagen, hier liegt eine maßlose Gefährdung der Gemeininteressen und der Aufrechterhaltung der Stimmung des Volkes vor. Ein Genosse hat gegen den Schweinemord gesprochen. Ja, wollen wir denn die Schweineernährung auf Kosten unserer Bevölkerung! Wir dürfen nicht mehr Vieh halten, als Futtermittel vorhanden sind. Sonst kommen wir zu einer Ge-

fähigung der menschlichen Ernährung. (Sehr richtig!) Darum ist das Abschächten der jungen Schweine jetzt durchaus zu begrüßen. Nur sollten diese Schweine lediglich an die Gemeinden abgegeben werden, damit diese sie zur Verteilung an die Bevölkerung bringen. Die Folge des jetzigen maßlosen Verkaufs ist, daß die Agrarier für ihre Schweine unerhörte Preise erzielen können. Man versteht es ja immer in Preußen, die Interessen der Agrarier vor allem wahrzunehmen. So wurden in Preußen die höheren Preise für Vieh noch einen vollen Monat länger bezahlt als im Reich, nämlich für das Vieh, das schon vor dem Termin der Preisherabsetzung den Viehhändlerverbänden zum Verkauf gestellt wurde, und das war fast alles, was die Agrarier hatten. Die Agrarier haben in diesem Jahre mindestens zwei Milliarden Mark Mehreinnahme durch die Erhöhung der Preise gemacht, und die sind wohl kaum reitlos als Kriegsanleihe gezahlt worden. Während es früher hieß, man frage bei allen Gesetzen, wie sie auf die Sozialdemokratie wirken, so fragt man jetzt nur noch: können denn die Großgrundbesitzer auch genug Geld dabei verdienen? Vor einigen Tagen habe ich gelesen, daß zur Herstellung von Alkohol Gerste zur Verfügung gestellt wird, und zwar für einen Hektoliter 16 Kilogramm an kleine Betriebe, 22 Kilogramm an mittlere und 28 Kilogramm an Großbetriebe. Dagegen müssen wir Einspruch erheben. Wenn ein Hektoliter Alkohol mit 16 Kilogramm Gerste hergestellt werden kann, dann darf man auch nicht ein Gramm mehr dafür geben. (Sehr richtig!) Man ist ja auch sonst immer dafür, die kleinen Betriebe zugunsten der großen stillzulegen. Im übrigen hat die Debatte gezeigt, daß wir in der Ernährungsfrage alle einig sind. (Beifall.)

Pfäfers-Struttgart: Wir haben in der Nahrungsmittelversorgung zweifellos geringe Erfolge zu verzeichnen. An Bemühungen unsererseits hat es nicht gefehlt. Aber wir haben eben noch nicht die nötige Macht, um unseren Willen auch in diesen Fragen durchzusetzen. Es ist in der Nahrungsmittelversorgung mit der Bevölkerung in unerhörtestem Maße Schindluder getrieben worden. Die Preise sind weit über die Erzeugungskosten hinaus gestiegen. Ich warne, allzusehr den Weg zu gehen, den Genosse Kemmele anzeigen wollte. Wenn eine Stadtgemeinde zur Erzeugung von Kindermilch gezwungen wird, selbst Landwirtschaftsbetrieb einzurichten, und dann unter ganz außergewöhnlich ungünstigen Verhältnissen arbeitet, wobei natürlich ein besonders hoher Preis für die Milch herauskommt, so wäre es sehr verfehlt, daraus Schlüsse auf die allgemeinen Produktionskosten zu ziehen. Die Frage der Produktionskosten spielt heute bei der Preisfestsetzung gar keine Rolle mehr. Der Preis wird einfach regelmäßig von Zeit zu Zeit erhöht. Ich muß beinahe widersprechen, daß wir unter allen Umständen ein Interesse haben in diesem Jahre eine Obsternte, wie seit Jahrzehnten nicht. Unsere Landwirte am Bodensee haben allein für Fallobst, das sonst verfault ist, unsere viel mehr eingenommen als sonst für die ganze Obsternte. Nicht einmal große Höfe am Bodensee haben 10 000 bis 15 000 Mk. allein durch den Obstverkauf eingenommen, einfach deshalb, weil uns die Preise von Berlin aus vorgeschrieben sind. Wir können nur ganz wenig davon abweichen. Man sollte meinen, daß Zollhäuser und keine vernünftige Menschen eine solche Ordnung vorgekommen habe. Das Gefährliche ist: je höher die Preise jetzt steigen, desto höher werden sie auch im Frieden bleiben. Bereits beginnen die Preise für Grund und Boden zu steigen. Das führt natürlich zur Erhöhung der Produktionskosten und zur Steigerung der Preise auf die Dauer. Also gerade in Berlin müßte mit aller Schärfe den endlosen Preissteigerungen

entgegengewirkt werden. Bei uns in Württemberg soll jetzt der Milchpreis erhöht werden mit der einzigen Begründung: im Reich hat man schon lange aufgeschlagen, jetzt muß auch bei uns aufgeschlagen werden. Nehmen wir also die Resolution an und wirken wir bei jeder Gelegenheit dahin, daß der schamlosen Ausbeutung des Volkes endlich ein Ende bereitet wird. (Bravo!)

Der Antrag 57 wird einstimmig angenommen, ebenso der Antrag 67. Vorsitzender Ebert gibt das Ergebnis der Wahlen zum Parteivorstand und zur Kontrollkommission bekannt. Für die Parteivorstandswahl wurden abgegeben 326 Stimmen. Als Vorsitzender sind gewählt Ebert mit 311, Scheidemann mit 312 Stimmen, als Kassierer Otto Braun mit 308 Stimmen, als Schriftführer Bartels mit 313, Rollenbuhr mit 316, Hermann Müller mit 315, Pfannkuch mit 315, Marie Juchacz mit 310 Stimmen, als Beisitzer Eugen Ernst mit 313 und Otto Wels mit 308 Stimmen. Weitere Stimmen sind nicht abgegeben.

Bei der Wahl der Kontrollkommission wurden abgegeben 326 Stimmen, davon waren 9 ungültig. Es erhielten Stimmen: Brühne-Frankfurt a. M. 288, Breh-Hannover 251, Gradnauer-Dresden 272, Timm-München 290, Grünwald-Hamburg 279, Müller-Niederbarnim 249, Fischer-Stuttgart 263, Löbe-Brandenburg 285, Hengsbach-Köln 131; diese sind gewählt. Außerdem erhielten Kolb-Karlsruhe 92 Stimmen, Deichmann-Bremen 97, Hirschelmann-Jena 86, Hoch-Hannau 58, Schmidt-Meißen 41, Reißhaus 36, Brandes-Magdeburg 39, Landsberg 20, Hug 2, Wridner-Berlin 1 Stimme. (Weiterkeit.)

Brühne: Im Einverständnis von Kontrollkommission und Parteivorstand beantrage ich der neugewählten Sekretärin Juchacz das bisherige Gehalt, das mit der Feuererregungszulage 4500 Mk. beträgt, auch als neue Sekretärin zu gewähren.

Dieser Antrag wird ohne Erörterung angenommen.

Vorsitzender Ebert: Unsere österreichische Bruderpartei, die Deutschen in Oesterreich, sind zu ihrem Parteitag zusammengetreten. Ich schlage Ihnen vor, ein Begrüßungstelegramm namens des deutschen Parteitages an den österreichischen Parteitag zu schicken, und zwar mit folgendem Wortlaut: „Der Würtzburger Parteitag der deutschen Sozialdemokratie sendet der Wiener Tagung der deutsch-österreichischen Bruderpartei die herzlichsten Grüße und zugleich das Gelöbniß, mit ihr weiter wie bisher in gemeinsamer Arbeit für die rasche Herbeiführung eines dauernden Friedens und für die Wiederrichtung der Arbeiterinternationale wirken zu wollen.“ (Lebhafte Beifall.)

In den letzten Tagen hat sich im westlichen Industriegebiet ein schweres Grubenunglück ereignet, das leider mehr Opfer gefordert hat als nach den ersten Nachrichten anzunehmen war. (Die Versammlung erhebt sich.) Nach den neuesten Mitteilungen haben 17 Arbeiter, darunter 6 Kriegsgefangene, 4 französische und 2 russische Arbeiter, den Tod im tiefen Schacht gefunden. Wir betrachten es als unsere Pflicht, diesen Opfern und ihren Hinterbliebenen unsere Teilnahme zum Ausdruck zu bringen. Außerdem wird mitgeteilt, daß das erschütternde Eisenbahnunglück, das sich in diesen Tagen im Westen ereignet hat, 25 Schulkinder, die vom Landaufenthalt in die Heimat zurückkehrten, das junge Leben gekostet hat, eine Schaffnerin und 17 weitere Kinder sind schwer verletzt. Auch diesem Unglück gegenüber befehlet der Parteitag seine aufrichtige Teilnahme. (Beifall.)

Der Genosse Stittmann bittet, folgende Erklärung zu Protokoll geben zu können:

„In der Debatte zum Vorstandsbericht wurden die Pressefreitigkeiten in Frankfurt a. M. angezogen. Hierbei sind Irrtümer dem Parteitag mitgeteilt worden, die ich richtigstelle. Es ist falsch, daß ich als Bezirks-

